

Wahlen zur Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz 2021

Psychologie als Basis

BDP- und VPP Kandidat:innen stellen sich vor

Der VPP setzt sich ein

Psychologie als Basis

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP e.V.) steht für eine psychologische Identität und dafür, dass Psychologie die Grundlage der Psychotherapie bleibt. Er ist mit der Untergliederung VPP maßgeblich daran beteiligt, dass im Rahmen der Reformierung des Psychotherapeutengesetzes PsychThG (Stichwort: Direktstudium Psychotherapie) ein allgemeiner „polyvalenter“ Bachelorabschluss regelhaft einem weiterführenden klinischen oder psychotherapeutischen Masterstudium vorausgeht.

Psychotherapeut:innen sollen Psycholog:innen bleiben.

Datenschutz

Der bundesweite Roll Out der elektronischen Patientenakte hat begonnen. Psychotherapeutische Kassenpraxen wurden gesetzlich verpflichtet, sich an die Telematik-Infrastruktur anzuschließen. Gesichert werden muss, dass dieser Prozess nicht dazu „missbraucht“ wird, Wirtschaft und Industrie Daten zur Verfügung zu stellen. Der VPP ist hier einer der engagiertesten Verbände: Ob Dokumente in der ePA gespeichert werden sollen, muss aktiv in den Händen der gesetzlich Versicherten bleiben (Erhalt des sog. „Opt in“). Ziel sollte sein, dass Gesundheitsdaten nur in höchst geschützter Form (z. B. aggregiert) und nur für wissenschaftliche Forschung verwendet werden dürfen. Auch im Rahmen des europäischen Verordnungs-Entwurfes „e-Evidence“ (zur europaweiten vereinfachten Strafverfolgung) muss u.a. festgelegt werden: Erhalt der ärztlichen/psychotherapeutischen Schweigepflicht und Ausschluss von Daten aus der elektronischen Patientenakte ePA!

Versorgungsverbesserung

In vielen Gebieten bestehen noch unakzeptable Wartezeiten auf einen ambulanten Psychotherapieplatz. Nach den Empfehlungen des G-BA-beauftragten Gutachtens zur Weiterentwicklung der Bedarfsplanung 2018 wären bis zu 2.400 zusätzliche Sitze notwendig gewesen – realisiert wurden im Rahmen der Reformierung der Bedarfsplanung nur knapp 800 Neuzulassungen. Psychische Erkrankungen spielen eine immer größere Rolle in der Gesellschaft. Dies zeigt sich im stationären Bereich als auch im Bereich der AU-Tage und bei Berentungen. Diesen Veränderungen ist in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Im Rahmen der aktuell verabschiedeten Richtlinie zur ambulanten berufsgruppenübergreifenden (Netzwerk-) Versorgung

schwer und komplex Erkrankter hat sich der VPP (durch u.a. Stellungnahmen und Positionierung bei der G-BA-Anhörung 2021) stark eingesetzt z.B. für eine gleichberechtigte Stellung gegenüber Fachärzt:innen (was Einweisung in das Netzwerk und Therapieplanung angeht).

Angestellte

Besonders wichtig sind uns auch angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Sie sind oftmals in Kammern unterrepräsentiert und arbeiten noch zu häufig in unzufriedenstellenden Rahmenbedingungen - erleben sich als „Gehilfen“ ärztlicher Behandlungen. Dies spiegelt sich auch in der Ungleichheit bzgl. tariflicher Eingruppierungen wider. In Kliniken herrscht darüber hinaus noch zu häufig ein zeitlicher Mangel an angemessenen psychotherapeutischen Behandlungen. Der VPP fordert: Leitlinienorientierte Behandlung in Kliniken für psychisch Erkrankte durch qualifizierte Psychotherapeut:innen, Einsatz von psychologischen Psychotherapeut:innen auf Augenhöhe mit ärztlichen Kolleg:innen – und in Folge auch eine facharztanaloge tarifliche Eingruppierung. Weiterhin sind BDP und VPP hier sehr aktiv: Angestelltentage, Kooperation mit ver.di und u.a. Positionierung bei der G-BA-Anhörung zur Personalrichtlinie Psychiatrie PPP-RL im August 2021.

Verfahrensvielfalt

Vielfalt und Pluralismus sind eine Grundlage unserer modernen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für ein breites Verfahrensspektrum in der Ausbildung und an universitären Lehrangeboten ein. Die Anerkennung von Gesprächspsychotherapie als weiteres Richtlinienverfahren ist uns wichtig, ebenso eine möglichst baldige Anerkennung der Systemischen Psychotherapie für Kindern und Jugendliche.

Bessere Bedingungen für PiAs

Nach wie vor sind die prekären Rahmenbedingungen für Psychotherapeut:innen in Ausbildung (PiAs) nicht akzeptabel. Sie erhalten nach der Reform des PsychThG nur 1000 Euro monatlich. BDP und VPP fordern hier eine Entlohnung nach akademischem Grundberuf (Masterabschluss, Tarifstufe EG13). Die Finanzierungssituation für zukünftige Psychotherapeut:innen in Weiterbildung (PiWs) nach der neuen Ausbildungsreform ist noch ungewiss. Der VPP kämpft hier weiterhin für eine angemessene, dem akademischen Grundberuf entsprechende Honorierung und

Verbesserung der Bedingungen (mit Stellungnahmen, Pressemitteilungen oder Gesprächen mit politisch Entscheidungstragenden).

Qualitätssicherung

Bis 2022 soll das bisherige Gutachterverfahren im Rahmen der ambulanten Behandlung gesetzlich Versicherter durch ein neues noch zu entwickelndes Verfahren abgelöst werden. Gesetzlichen Regulierungsversuchen in diesem Zusammenhang (wie zuletzt der „undemokratische“ Versuch der Einführung einer „Rasterpsychotherapie“) muss weiterhin entgegengewirkt werden. Ein neues Qualitätssicherungsverfahren sollte praktikabel und flexibel sein. Psychisch Erkrankte müssen weiterhin eine individuell auf Ihren Fall zugeschnittene Behandlung erhalten können.

Honorargerechtigkeit

Nicht nur im stationären Bereich fordern wir eine facharztanaloge tarifliche Eingruppierung und eine angemessene Honorierung von PiAs sowie zukünftigen PiWs – auch im ambulanten Bereich fordern wir weiterhin die Verbesserung der Honorarsituation (z.B. Ausweitung der Strukturzuschläge, bessere Vergütung der Probatoren). Die Behandlung von psychischen Erkrankungen muss genauso gut honoriert werden, wie die Behandlung somatischer Erkrankungen.

Lesen Sie unsere Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Weiteres auf unserer [Homepage](#).

Treffen Sie uns persönlich an folgenden Terminen (digital; für eine Anmeldung bitte den Termin anklicken)

[Donnerstag 11.11.2021, 18.30 Uhr bis 19.45 Uhr](#)

[Dienstag 16.11.2021, 18.30 Uhr bis 19.45 Uhr](#)

Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im BDP e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2, 10179 Berlin, info@vpp.org
Telefon 030-209 166 664 Fax 030-209 166 77 631

[Impressum/V.i.S.d.P.](#)

Unser Kandidat



**Dipl.-Psych.
Bernd Geißer**
**Psychologischer
Psychotherapeut
Verhaltenstherapie**

niedergelassen in eigener Praxis
Bahnhofstr. 29 in 56564 Neuwied
02631-9992865, ptpraxisbg@mailbox.org

Mitgliedschaften

BDP und Sektion VPP, DPNW

Berufspolitische Themen

- Erhalt der Psychologie als Grundlage für die Psychotherapie im Angesicht der reformierten universitären Ausbildung zum Psychotherapeuten („Psychologie als Basis“) und Erhalt der Psychologie als eigenständige universitäre Disziplin (inkl. der klinischen Psychologie), Erhalt der Verfahrensvielfalt in der psychotherapeutischen Versorgung resp. Aufbau einer integrativen Psychotherapie
- Stärkung resp. Erhalt des Status der Psychologischen Psychotherapeut:innen im Gesundheitswesen und Erweiterung der sozialrechtlichen Befugnisse
- keine „Rasterpsychotherapie“, sondern eine individuelle, patientenorientierte Behandlung und keine „Lotsenregelung“
- Datenschutz: Schutz der Vertraulichkeit psychotherapeutischer Behandlungen; Kritische Abwägung der Kosten/Gefahren-Nutzen-Bilanz bei der Digitalisierung
- Effiziente Qualitätssicherung: Ersatz des Gutachterverfahrens durch eine effiziente Alternative ohne bürokratischen Mehraufwand für die Psychotherapeut:innen
- Versorgungsverbesserung für unsere Patient:innen
- Honorargerechtigkeit: bessere finanzielle Honorierung unserer Arbeit
- gute Bedingungen für PIAs und PIWs

Unsere Kandidatin



Dr. Birgit Bach-Erb
**Psychologische
Psychotherapeutin
Kinder- und Jugendlichen-
psychotherapeutin
Verhaltenstherapie**

Carl-Sonnenschein-Str.5, 67663 Kaiserslautern
0631-58265, bach-erb@gmx.de

Berufsfeld/Arbeitgeber

Westpfalz-Klinikum (KJP)
und Privatpraxis (KJP und PP)

Zusatzqualifikation

Psychodiabetologie

Mitgliedschaften

BDP
DDG (Deutsche Diabetes Gesellschaft)

Bisherige/frühere Funktionen

Stellvertreterin der BDP Landesvorsitzenden RLP
jetzt Ersatz-Delegierte

Berufspolitische Themen

Psychologisches Basiswissen soll erhalten bleiben,
Patient:innenversorgung soll verbessert werden,
Gleichstellung mit ärztlichen Kolleg:innen

Unsere Kandidatin



**Dipl.-Psych.
Sabine Bettinger**
**Psychologische
Psychotherapeutin
Verhaltenstherapie**

niedergelassen in Praxis für
Psychotherapie und Familiengutachten
Friedenstraße 4, 67657 Kaiserslautern
0631-3614999, sabine@bettinger-kl.de

Zusatzqualifikation

Rechtspsychologische Sachverständige für Familienrecht (LPK)
Spezielle Schmerzpsychotherapeutin (DGPSF)
Psychologische Mediatorin (BDP)

Mitgliedschaften

BDP und Sektionen VPP, Recht und Verkehr
DGPSF Deutsche Gesellschaft für psychologische Schmerz-
therapie und -forschung

Bisherige/frühere Funktionen

Moderatorin für verschiedene Qualitätszirkel in Kaiserslautern

Berufspolitische Themen

Qualität eines umfassenden Studiums der Psychologie mit
diversen Anwendungsmöglichkeiten erhalten.

Unsere Kandidatin



**Dipl.-Psych.
Marie-Luise Baumbusch**
**Psychologische
Psychotherapeutin
Verhaltenstherapie**

niedergelassen in Praxis
Bremerstr. 10, 67663 Kaiserslautern
0631-26373, praxis-baumbusch@t-online.de

Zusatzqualifikation

Traumatherapie
Schmerztherapie

Mitgliedschaften

BDP
DGVT Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie
GNP Gesellschaft für Neuropsychologie

Berufspolitische Themen

- gesundheitsfördernde Bedingungen im Arbeitsleben
- strukturelle Probleme im Gesundheitswesen
- psychologische Aspekte im Klimawandel
- Datenschutz
- Beibehaltung der bisherigen Vielfalt im Psychologiestudium
- psychische Gesundheit von Migrant:innen
- Methodenvielfalt der Therapieverfahren
- neben Psychotherapeut:innen weiterhin Anerkennung der speziell ausgebildeten Psycholog:innen im Gesundheitswesen, z.B. als Schmerztherapeut:innen